

Protest gegen „Ausverkauf“

Bürger unterschreiben gegen den Verkauf der Handschriften

hgk. „Ich sehe einfach nicht ein, dass hier historisches Gut verscherbelt werden soll“, sagt Herta Jacob aus Stutensee. Und Hans Schuff aus der Kriegsstraße sekundiert: „Die Landesregierung gibt so viel Geld aus für die neue Messe in Stuttgart und den Hauptbahnhof. Da kann es doch auf die paar Millionen nicht ankommen.“ Die Stimmung am Samstag auf dem Marktplatz war geprägt von Empörung und Kampfgeist am Info-Stand der „Landesvereinigung Baden in Europa e.V.“, wo zahlreiche Bürger die Möglichkeit nutzten, mit ihrer Unterschrift gegen den geplanten „Ausverkauf“ der Handschriften aus der Badischen Landesbibliothek zu protestieren.

Mit dieser großen Resonanz hatte selbst Robert Mürb nicht gerechnet, der als Vorsitzender der Landesvereinigung schon so manchen Strauß für die badischen Interessen gefochten hat: „Wir müssen die Leute gar nicht groß ansprechen, die kommen von selbst. Das ist deshalb so erstaunlich, weil die Handschriften bislang in der Öffentlichkeit nicht so präsent waren.“ Natürlich kamen vor allem bei den älteren Mitbürgern auch wieder die alten Res-

sentiments gegen „die in Stuttgart“ auf; ein eroboster Passant wollte dem Ministerpräsidenten gar „Lokalverbot“ erteilen, wenn er die Verkaufspläne nicht revidiert. Und recht häufig fiel auch die Bemerkung: „Der Späth hätte das ganz bestimmt nicht gemacht.“

Aber es gab auch viele nachdenkliche Bemerkungen, die auf die generelle Bedeutung der Handschriften hinwiesen: „Es geht ja nicht in erster Linie um Karlsruhe, sondern um ein Weltkulturerbe, das hier verramscht werden soll. Und den Imageschaden, den das Land jetzt schon hat, den können sie nur schwer wieder ausgleichen.“

Das befürchtet auch der Gemeinderat Michael Obert, der sich auch bei der Aktion beteiligte: „Wenn man solche Fehler macht, dann muss man sich nicht wundern, dass die Bürger sich immer weniger mit Baden-Württemberg identifizieren.“

In fünf Stunden kamen jedenfalls knapp 1700 Unterschriften zusammen, der gesammelte Protest soll dann der Landesregierung überreicht werden.

UNTERSCHRIFTEN gegen den geplanten Verkauf der Handschriften.

Foto: Donecker